

Renate Mayntz

Das deutsche Wissenschaftssystem nach der Vereinigung

Im Zusammenhang mit dem Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern wird immer häufiger nicht nur nach den dort eingetretenen Veränderungen, sondern zugleich nach ihren Auswirkungen für das ganze Deutschland gefragt. Diese Frage stellt sich auch für das System von Wissenschaft und Forschung. Bei der deutschen Vereinigung ging es darum, die ehemalige DDR zu einem Bestandteil der Bundesrepublik umzuformen und nicht die Bundesrepublik zu reformieren. Im Wissenschaftssystem ist die institutionelle Angleichung von Ost nach West, was die grundlegenden Strukturprinzipien angeht, gelungen. Für das Gebiet der ehemaligen DDR hat das gravierende Veränderungen bedeutet. Aber auch das bundesdeutsche Wissenschaftssystem ist nicht lediglich vergrößert worden – obwohl die Veränderungen erst bei näherem Zusehen erkennbar werden.

Die Transformation im Bereich Wissenschaft und Forschung zerfiel in vier Teilprozesse. Das Geschick der ostdeutschen Industrieforschung in den vergangenen vier Jahren wurde von Marktprozessen bestimmt; das Ergebnis ist eine weitgehende Erosion dieses Sektors – und ein Ungleichgewicht in der regionalen Verteilung industrieller Forschungskapazitäten zwischen Deutschland Ost und West. Eine Reihe von wissenschaftlichen Ein-

richtungen der DDR, die aus politisch-ideologischen Gründen nicht erhaltenswert erschienen, wurden umstandslos »abgewickelt«. Von »Transformation« kann man damit nur in bezug auf die Akademiefor-

schung und das Hochschulsystem der DDR sprechen. Die drei DDR-Akademien, deren Forschungspotential als grundsätzlich erhaltenswert galt, wurden als solche aufgelöst, ihre Institute aufgegliedert, umgeformt und neu strukturiert. Dabei ist der ursprüngliche Personalbestand der Akademien drastisch (auf etwa ein Drittel) verringert worden, doch betrifft diese Reduktion vor allem das nicht forschende Hilfs- und Servicepersonal und unter den Forschern vor allem die in der angewandten Forschung und Entwicklung Tätigen. Von dem in der Akademie der Wissenschaften der DDR vorhandenen Potential an Grundlagenforschung blieb dagegen ein relativ hoher Anteil erhalten. Das institutionelle Profil der neu gebildeten außeruniversitären Forschungseinrichtungen weicht vor allem durch einen hohen Anteil an Bund-Länder-Instituten der Blauen Liste von dem der alten Bundesrepublik ab, wodurch auch im gesamtdeutschen Wissenschaftssystem entsprechende Verschiebungen eingetreten sind, ohne daß sich seine Struktur grundlegend geändert hätte.

Für das Hochschulsystem der DDR hat die Vereinigung auf den

ersten Blick relativ geringe institutionelle Veränderungen gebracht. Ins Auge fällt vor allem die Reduktion des früher an DDR-Hochschulen beschäftigten Personals auf etwa die Hälfte. Die Reduktion betraf hier ebenfalls vor allem das nicht-wissenschaftliche Personal sowie den akademischen Mittelbau und war weniger eine Folge der »Säuberung« als des Stellenabbaus aus finanziellen Gründen. In institutioneller Hinsicht hat sich für die traditionellen Universitäten relativ wenig verändert, auch wenn ihre Verfassung und viele Studienordnungen neu sind. Größere Veränderungen fanden bei den in der DDR verbreiteten Fachschulen, Ingenieurhochschulen, Medizinischen Akademien und Pädagogischen Hochschulen statt, die in Fachhochschulen umgewandelt, zusammengelegt, in andere Hochschulen integriert oder auch aufgelöst wurden. Das deutsche Hochschulwesen hat durch die Gründung zahlreicher Fachhochschulen und das (bisherige) Fehlen großer Massenuniversitäten in den neuen Ländern eine neue Dimension regionaler Differenzierung gewonnen, ohne daß sich seine grundlegenden Strukturprinzipien geändert hätten.

Während die hier kurz zusammengefaßten Ergebnisse der Transformation häufig erörtert werden, wird viel seltener danach gefragt, wie sich der Transformationsprozeß auf andere Aspekte des Wissenschafts-

systems der alten Bundesrepublik ausgewirkt hat. Dieses System wurde durch vier spannungsreiche Beziehungen gekennzeichnet: das Verhältnis zwischen Bund und Ländern in der Forschungspolitik, die Beziehung zwischen Hochschulen und außeruniversitärer Forschung, die Balance zwischen wissenschaftlicher Autonomie und politischer Steuerung und die Beziehung zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung. In allen vier spannungsreichen Beziehungen herrschte 1989 in der Bundesrepublik ein gewisses Gleichgewicht. Was hat sich durch die Vereinigung daran geändert?

Beim Verhältnis zwischen Bund und Ländern in der Forschungspolitik wurde 1990/91 vielfach ein Zentralisierungsschub befürchtet, eine Verschiebung des forschungspolitischen Gewichts von den Ländern hin zum Bund. Die finanzschwachen neuen Bundesländer würden, so meinte man, in erhöhtem Maße auf die Unterstützung durch Bundesmittel insbesondere im Bereich der außeruniversitären Forschung angewiesen sein. Das würde dem Bund Steuerungschancen einräumen, was wiederum das sorgfältig austarierte Gleichgewicht im bundesdeutschen System der Mischfinanzierung der großen Forschungseinrichtungen stören würde. Diese Befürchtung hat sich nicht bestätigt. Die Kultusministerkonferenz hat gewissermaßen als föderalistischer Wachhund alle vermeintlichen Ansätze zu einer Kompetenzerweiterung des Bundes »verbellt«. Die zuständigen Bundesministerien haben sich aber auch von sich aus gar nicht expansiv verhalten. Inzwischen haben sich die finanziellen Gewichte von Bund und Ländern durch die für den Bund ungünstige Neuregelung des Finanzausgleichs so verändert, daß die Position des Bundes auch in der Forschungspolitik geringer und die der Länder potentiell größer geworden ist. Wohl gemerkt potentiell, denn natürlich kommt es darauf an, ob die Länderfinanzminister die Prioritäten entsprechend setzen und der Wissenschaft einen angemessenen Anteil

an den ihnen zufließenden Mitteln geben.

In der – übrigens in allen Ländern – spannungsreichen Beziehung zwischen Hochschulen und außeruniversitärer Forschung befürchtete man nach der Vereinigung eine Gleichgewichtsverschiebung zugunsten der außeruniversitären Forschung. Dafür gab es gute Gründe. Die Akademieforschung der DDR schien durch das bis Ende 1991 laufende Moratorium im Vergleich zu den von der Abwicklung bedrohten Hochschulen begünstigt. Dann schien der Wissenschaftsrat das anfangs von ihm betonte Ziel einer Stärkung der Hochschulforschung in seinen Empfehlungen nur unzulänglich zu realisieren. So sollten lediglich rund 2000 Personen aus dem Akademiebereich an die Hochschulen überführt werden, und auch in den Geisteswissenschaften sollte es künftig außeruniversitär angesiedelte »Zentren« geben. Trotzdem ist die befürchtete Verschiebung am Ende ausgeblieben. »Abgewickelt« wurden im wesentlichen einzelne Fächer, selten ganze Hochschulen, und die personelle Kontinuität ist bei den ostdeutschen Hochschul Lehrern nicht geringer, ja teilweise größer als im Bereich der Akademieforschung. Die Gründung der geisteswissenschaftlichen Zentren zieht sich seit Jahren hin, und sie werden wohl eng an einzelne Hochschulen gebunden bleiben. In der Wissenschaftspolitik der neuen Länder genießen die Hochschulen trotz aller Geldnöte eine gewisse Priorität.

Auch eine dritte, gelegentlich erwartete Veränderung ist nicht eingetreten, nämlich eine Stärkung der wissenschaftlichen Selbstverwaltung gegenüber der Politik. Weil der Wissenschaftsrat eine zentrale Rolle bei der Umstrukturierung des Wissenschaftssystems der DDR spielte, meinten manche, daß nun die Selbstregulierungsfähigkeit der Wissenschaft auf Dauer gewachsen sei. Tatsächlich kann davon aber heute keine Rede sein. Wissenschaftsrat, Deutsche Forschungsgemeinschaft und die großen Wissenschaftsorganisationen spielen heute etwa die

selben Rollen wie vor 1989, und die Institute der Blauen Liste haben sich zwar zu einer Arbeitsgruppe, aber – jedenfalls bisher – nicht gerade zu einer handlungsfähigen Organisation zusammengeschlossen. Insgesamt kann man eine gewisse Tendenz erkennen, die Wissenschaft zunehmend politisch zu steuern. Das wird deutlicher, wenn man sich dem Verhältnis zwischen angewandter und Grundlagenforschung zuwendet.

Der große Verlierer im ostdeutschen Transformationsprozeß ist, wie oben schon festgestellt, die Industrieforschung; weder die Hochschulen noch die außeruniversitäre Forschung mußten ähnliche Personalreduktionen und Finanzeinbußen verkraften. Angesichts dessen könnte man erwarten, daß die im wesentlichen aus öffentlichen Mitteln finanzierte Grundlagenforschung als Gewinner aus dem Transformationsprozeß hervorgeht. Das stimmt aber allenfalls statistisch. Tatsächlich findet – nicht zuletzt in Reaktion auf die gerade durch die Vereinigung akut gewordene wirtschaftspolitische Problemsituation – eine immer deutlicher werdende Gegenbewegung statt, indem von politischer Seite zunehmend darauf gedrängt wird, daß auch die Grundlagenforschung sich anwendungsorientiert verhalten und damit den »Wirtschaftsstandort Deutschland« sichern helfen solle. Durch die Hintertür könnte damit die zuvor an der DDR so kritisierte und für ihre Stagnation mit verantwortlich gemachte Vernachlässigung genuiner Grundlagenforschung in die deutsche Wissenschaftspolitik Eingang finden. Wenn man von der langfristigen Unverzichtbarkeit einer hochentwickelten Grundlagenforschung für die wissenschaftliche Innovation überzeugt ist, dann ist dies eine sehr problematische Tendenz. ■

Die Autorin ist Direktorin am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.